
Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.07.2021

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:57 Uhr
Sitzungsort: per Videokonferenz

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, eröffnet die Sitzung per Videokonferenz um 16:31 Uhr und begrüßt die Mitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie Beschlussfähigkeit mit insgesamt 10 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Stadtrat Fricke rügt fehlende Unterlagen in MANDATOS und SessionNet zu TOP 8.13 und 8.14. **Stadtrat Schönemann** liegen diese Unterlagen vor. **Stadtrat Dreibrodt** hat bereits vor einer Woche im Büro des Stadtrates moniert, dass die Vorlagen nicht eingestellt sind. Dies ist noch immer der Fall. **Stadtrat Adamek** konnte die kompletten Unterlagen herunterladen, ebenso **Frau Stadträtin Koschig**.

Der Ausschussvorsitzende erklärt daraufhin, dass die Unterlagen somit korrekt eingestellt wurden; TOP 8.14 wird jedoch ohnehin zurückgezogen. **Stadtrat Fackner** liegen die Unterlagen ebenso nur über die kompletten Sitzungsunterlagen vollständig vor, nicht jedoch im Tagesordnungspunkt.

Stadtrat Schönemann teilt mit, dass Stadtrat Fessel ihn zeitweise vertritt, da er sich parallel noch in einer anderen wichtigen Beratung befindet.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende nimmt TOP 8.14 von der Tagesordnung. Die BV/192/2018/IV-80 wird aufgrund des berechtigten Hinweises seitens des Ortschaftsrates Kochstedt für die heutige Sitzung zurückgezogen. Eine Vorberatung im Ortschaftsrat muss im Vorfeld stattfinden. Dem Einspruch wird somit stattgegeben.

Nach Erinnerung von **Stadtrat Adamek** wurde das Thema vor längerer Zeit bereits im Ortschaftsrat diskutiert. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärt, dass die Ortsbürgermeisterin die aktuelle Beratungsfolge erst kürzlich moniert hat.

Stadtrat Dreibrodt hat von Frau Stadträtin Grahneis ebenfalls mündlich den Hinweis erhalten, dass der Ortschaftsrat erst im Anschluss beteiligt werden soll. Nach Studium der Unterlagen musste er feststellen, dass Einreicher der Beschlussvorlage im Jahr 2018 die CDU-Fraktion sowie die Fraktion Die Linke waren. Nun ist Einreicher das Amt für Wirtschaftsförderung unter Dr. Reck. Damals waren der Beschlussvorlage umfangreiche Unterlagen - unter anderem Auskünfte des Rechtsamtes - beigelegt. Diese vermisst er jetzt. Er rügt dies und bittet um Vervollständigung. Des Weiteren rügt er die Beratungsfolge.

Herr Oberbürgermeister Kuras erinnert, dass der Hinweis, die Beschlussvorlage fortzuführen, aus dem Haupt- und Personalausschuss kam. Daher wurde diese Beratungsfolge festgelegt. Die übliche Beratungsfolge wird jedoch hergestellt. Die Stellungnahmen des Rechtsamtes werden ergänzt.

Stadtrat Fricke sieht für TOP 8.14 nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für eine nichtöffentliche Behandlung. Grundstücksangelegenheiten sind per se nicht zwingend nichtöffentlich. Nichtöffentlichkeit ist nur gegeben, wenn berechtigte Interessen Dritter oder öffentliche Interessen dies erfordern. Bei der vorliegenden Beschlussvorlage ist das nicht der Fall. Bereits im Ortschaftsrat muss diese in den öffentlichen Teil.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass laut Rechtsliteratur bei solchen Verkäufen immer ein berechtigtes Interesse des Käufers besteht. Der Hinweis wird jedoch zu Protokoll genommen und noch einmal geprüft.

Stadtrat Dreibrodt bittet um Vorlage der Stellungnahme des Rechtsamtes zum Thema „Öffentlichkeit/Nichtöffentlichkeit“ bei der Behandlung der Beschlussvorlage im Haupt- und Personalausschuss.

Herr Oberbürgermeister Kuras sichert dies zu. Er erklärt die geänderte Tagesordnung als angenommen.

3 **Genehmigung der Niederschrift vom 26.05.2021**

Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 26.05.2021 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt zwei nichtöffentlich gefasste Beschlüsse der letzten Sitzung des Gremiums – Umlaufverfahren vom 25.06.2021 – bekannt.

Unternehmensangelegenheiten

Beschluss über die Änderung der Fälligkeit der Gewinnausschüttung der Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH aus den Jahresabschlüssen 2018 und 2019

Vorlage: BV/205/2021/II-20BTM

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/233/2021/I-OB

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

6 Einwohnerfragestunde

Herr Oberbürgermeister Kuras verliest drei schriftlich eingereichte Fragen eines Bürgers und beantwortet diese:

Frage 1: Wann ganz konkret sollen die normalen Öffnungszeiten im Rathaus und in der Bibliothek wieder eingeführt werden und was steht der Umsetzung bis jetzt im Wege? Wir haben seit einiger Zeit eine Null-Inzidenz.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass laut aktueller Dienstanweisung innerhalb der Verwaltung festgelegt ist, dass die Verwaltungseinheiten zu den üblichen Sprechzeiten für die Bürgerinnen und Bürger wieder erreichbar sind. Ein kontrollierter Zugang erfolgt nach vorheriger Terminabsprache und Anmeldung bei dem jeweiligen Bearbeiter.

Derzeit wird an einem qualifizierten Eingangsbereich gearbeitet, wo Bürger einfache Angelegenheiten bereits dort klären können. Ziel ist es, Wartezeiten und Wege für Bürger effizient zu gestalten. Auch Termine sollen dort zukünftig koordiniert werden. Hier bedarf es noch weiterer Schritte und Vorbereitungen, die derzeit laufen.

Frage 2: Wie konkret verhält sich hier der Sachverhalt?
Den Medien war zu entnehmen, dass es zu massiven Datenschutzverstößen gekommen war. Festplatten aus Verwaltungen waren mit hochsensiblen Daten an Außenstehende verkauft worden. Trotz Entsorgung durch zertifizierte Entsorger sind diese Festplatten einfach weiter verkauft worden. Wie entsorgt die Stadt Datenträger, die ausgemustert werden? Wie wird kontrolliert, dass dieses auch ordnungsgemäß erledigt wird. Ein zertifizierter Entsorger ist dafür offensichtlich keine Garantie.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellt klar, dass es sich hierbei nicht um einen Fall in der Stadt Dessau-Roßlau handelt.

In einer Verwaltungsanordnung der Stadt Dessau-Roßlau wird ein detailliertes Vorgehen geregelt, wie mit Datenträgern zu verfahren ist. Sind Datenträger zu entsorgen, schicken die Fachämter eine Mitteilung an das IT-Referat mit Informationen über Art, Zahl und Dateninhalt der zu entsorgenden Datenträger. Am Tage der Anlieferung der zu entsorgenden Datenträger nimmt das Referat die Datenträger entgegen. Es wird ein schriftliches Übergabeprotokoll zur Vernichtung von Datenträgern ausgefüllt und vom Empfänger und Übergabenden unterzeichnet. Die Übergabeprotokolle werden zentral abgelegt. Die zu entsorgenden Datenträger werden in abschließbaren Datenträgerbehältern abgelegt und dann abtransportiert. Es erfolgt die datenschutzgerechte Entsorgung der Inhalte dieser Behälter. Die Entsorgungsfirma erstellt über die Entsorgung ein Protokoll.

Darüber hinaus werden folgende Vorkehrungen getroffen: Ausgemusterte Festplatten werden durch eine Fachfirma entsorgt. Bei neubeschaffter Arbeitsplatz-Technik wird seit ca. 2 Jahren eine Festplattenverschlüsselung vorgenommen. Sollten Festplatten aus diesen Geräten in fremde Hände gelangen, sind die Daten wertlos, da das Ursprungsgerät und ein Passwort zur Verschlüsselung benötigt werden. Datenträger werden aus der PC-Technik ausgebaut und gesondert entsorgt, wodurch eine Entschlüsselung technisch nahezu unmöglich ist.

Frage 3: Warum wird diese Sitzung mit Beschlüssen, die nicht verschiebbar sind und umfassend erläutert werden müssen, durch die entsprechenden Stellen nicht in einer Präsenzsitzung durchgeführt?

In der heutigen Sitzung sind sehr viele Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung, die eine umfassende Aussprache erfordern.

Im Theaterrausschuss reichte eine Aussprache ohne Beschlusslage für eine Präsenzsitzung aus. Hier gibt es reichlich Aussprachen mit Beschlusslage. Wir haben seit Tagen keine neuen Infizierten, also keinerlei Gefahr.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass die Entscheidung für die heutige Videokonferenzsitzung aufgrund der beschränkten Platzkapazitäten und der immer noch geltenden Corona-Hygieneregeln getroffen worden ist. Hier entscheidet immer der Ausschussvorsitzende im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass Aussprachen durchaus auch im Rahmen von Videokonferenzsitzungen möglich sind. Auch sollte man nicht dem Trugschluss verfallen, dass es keinerlei Gefahr mehr durch die derzeitige Corona-Lage gibt. Für die weitere Sitzung des Haupt- und Personalausschusses im Juli können möglicherweise andere Regelungen getroffen werden. Die in der Frage genannten Gremien sind in der Regel kleiner. Für die heutige Sitzung mit Beteiligung der Geschäftsführer und weiterer Gäste ist die Kapazität im Ratssaal nicht ausreichend.

Weitere Fragen liegen nicht vor.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Berichterstattung des Oberbürgermeisters aus dem Pandemiestab

Herr Oberbürgermeister Kuras erstattet anhand einer Power-Point-Präsentation Bericht aus dem Pandemiestab. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Er teilt mit, dass er aufgrund seines Ausscheidens die Leitung des Pandemiestabes an Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, übergeben hat.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, erfragt, ob alle verfügbaren Impfdosen verimpft werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** kann dies bejahen. Terminabsagen häufen sich jedoch. Schwierigkeiten, einen Termin zu vereinbaren, bestehen mittlerweile nicht mehr. An bestimmten Tagen können auch ohne Terminvereinbarung Impfungen durchgeführt werden.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, erfragt, ob es eine Lösung für die Rückabwicklung der von Hausärzten nicht benötigten Impfdosen gibt. Er möchte wissen, wie diese an das Impfzentrum zurückgeführt werden oder ob die Hausärzte nicht über das Impfzentrum versorgt werden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, teilt mit, dass die Hausärzte separat über die Apotheken versorgt werden. Die Rückabwicklung läuft ebenso über die Apotheken.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

7.2 Umsetzung der projektgebundene Maßnahmen zur gesunden Ernährung in den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege der Stadt Dessau-Roßlau/ BV/123/2020/V-51 Vorlage: IV/027/2021/V-51

Der Ausschussvorsitzende erläutert den Hintergrund der Informationsvorlage. Eine Einführung wurde seitens der Ausschussmitglieder nicht gewünscht.

Die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erfragt, wie weit die Abläufe innerhalb der Verwaltung zur Beschlussvorlage „Ehrenamtsstrategie“ und „Kontaktstelle Ehrenamt“ vorangeschritten sind und die nächsten Maßnahmen hierzu, um diesen Beschluss systematisch umzusetzen.

Eine weitere Frage bezieht sich auf die Entschädigungssatzung, wonach das Präsidium, deren Stellvertreter und einige andere Mitstreiter aus dem Ratsbereich für die Aufwandsentschädigung innerhalb des Ehrenamtes außen vor sind. Es sollte eine Nachberatung mit dem Landesverwaltungsamt geben, um möglicherweise an dieser Stelle nachzujustieren. Er erfragt, ob es hierzu neue Erkenntnisse gibt.

Mit einer eingereichten Vorlage der Fraktion Die Linke sollte ein Stadtteilentwicklungskonzept für Roßlau auf den Weg gebracht werden. Hierzu sollte es eine Vorstudie durch eine Studentin geben, welche jedoch bisher nicht präsent ist. Er erfragt die weiteren Arbeitsschritte, um dieses Projekt umzusetzen.

Abschließend bittet er um Auskunft über den Sachstand der Vorlage zur Umgestaltung des Bürgerbüros und wann mit einer Umsetzung gerechnet werden kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras äußert sich zur ersten Frage. Er erklärt, dass Frau Hinze zu diesem Thema bereits etwas vorbereitet hat. Dies ist noch nicht beschlussreif, aber es werden einige Strukturen geschaffen.

Zur zweiten Frage erklärt er, dass noch kein Antwortschreiben zur Entschädigungssatzung vorliegt. Die Gründe für die lange Bearbeitungszeit sind unbekannt.

Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes, teilt mit, dass ein Anhörungsschreiben des Landesverwaltungsamtes für den Stadtrat unterwegs ist.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, äußert sich zur dritten Frage. Eine verwertbare Arbeit der Studentin, die der Ortschaftsrat vereinbart hatte, ist bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingegangen. Es wurde eine Abfrage nach Interessenten gemacht. Derzeit befindet man sich bei der Vergabe.

Stadtrat Schönemann erfragt den Ansprechpartner für dieses Projekt. **Frau Schlonski** nennt hierfür die Amtsleiterin, Frau Jahn.

Herr Oberbürgermeister Kuras äußert sich zur vierten Frage, zum Thema „Umbau Bürgerbüro“. Coronabedingt sind hier Verzögerungen eingetreten.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, teilt mit, dass für diese Frage das Baudezernat zuständig ist. Die vorhandenen Baupläne müssen mit dem Baudezernat angesehen werden. Derzeit läuft die Ausschreibung. Im Vergabeverfahren sollten die aktuellen Entwicklungen noch berücksichtigt werden. Frau Nußbeck und Frau Schlonski werden sich mit den Amtsleitern zu einem kurzfristigen Gespräch zusammenfinden. An der bisherigen Arbeitsrichtung ist weiter gearbeitet worden. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, nimmt mit, dass es noch Ergänzungen und Wünsche gibt. Die Kollegen werden sich dem annehmen, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Dezernentin.

Herr Oberbürgermeister Kuras hält es für dringend notwendig, den geregelten Betrieb wieder aufzunehmen. Es sollte in der nächsten Sitzung über den aktuellen Sachstand informiert werden.

Stadtrat Schönemann bittet zum Thema „Ehrenamtsstrategie“ in der Sitzung des nächsten Haupt- und Personalausschusses um Information und Nennung einer Terminkette. **Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmt dem zu.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bittet um Mitteilung, ob Räumlichkeiten für die Weiterbetreuung der Kinder- und Jugendarbeit gefunden worden sind, nachdem die Baumaßnahmen in der Ölmühle in den Herbst verschoben wurden. Da diese gut frequentiert ist, sollte sie nicht ausfallen.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erklärt, dass es sich schwierig gestaltet, Ausweichmöglichkeiten zu finden. Er ist mit der Idee, leerstehende Ladenlokale mit einzubeziehen, an die Ortsbürgermeisterin herangetreten mit der Bitte um Nennung von Vorschlägen. Andere Möglichkeiten sind derzeit nicht gegeben.

Herr Oberbürgermeister Kuras erachtet Vorschläge seitens des Ortschaftsrates aufgrund der besseren Ortskenntnis für sinnvoll.

Stadträtin Koschig erfragt, wie es sich mit dem Objekt verhält, in dem sich jetzt die AWO bzw. der Rosseltreff befindet. Diesbezüglich fanden nach Auskunft von Herrn Krause Gespräche statt. Wie ist der Sachstand?

Nach Kenntnis von **Herrn Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, ist man sich mit der Ölmühle nicht einig geworden. Platz wäre ausreichend vorhanden. Weitere Gespräche müssten zuständigkeitshalber von Dezernat IV geführt werden.

Stadträtin Koschig bittet das Dezernat von Herrn Dr. Reck um Aufnahme der entsprechenden Gespräche, damit im September/Oktobre die Kinder und Jugendlichen nicht auf der Straße stehen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklärt Frau Koschig, dass Baumaßnahmen von mindestens einem halben Jahr geplant sind.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, berichtet von einer Begehung der Stauanlage in Dessau-Mosigkau am 06.07.2021 gemeinsam mit Herrn Säbel und Herrn Schlegel vom Tiefbauamt, Stadtrat Büchner und dem Stadtbezirksbeirat, Herrn Schulenburg. Ebenfalls waren zugegen der Ortsbürgermeister, Herr Jakob Uwe Weber, sowie besorgte Bürger von Mosigkau. Es konnte festgestellt werden, dass der Damm bei den Hangfichten sicher ist, sodass die Bürger die Petition aufgeben. Er bedankt sich bei den Vertretern des Tiefbauamtes

Herr Fricke, Fraktion der SPD, berichtet von den Schwierigkeiten einer Bürgerin, einen zeitnahen Termin für die Abholung ihres neu beantragten Ausweises zu erhalten. Herr Fricke hat dies selbst getestet mit dem Ergebnis, dass er einen Termin in 7 Wochen erhalten hat. Dieser Zustand ist unhaltbar. Er möchte eine konkrete Antwort darauf, woran dies liegt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erklärt, dass die Gründe in krankheitsbedingten Ausfällen sowie in der pandemischen Lage liegen. Des Weiteren waren die Mitarbeiter des Bürgeramtes in die Vorbereitung der Wahlen involviert. Die Öffnungszeiten werden aktuell jedoch wieder erweitert. Die Terminvergabe im Bürgeramt wurde gedrittelt. Zu einem Drittel kann man Termine online buchen, parallel dazu kann man telefonisch oder per E-Mail zeitnahe Termine beantragen und weiter besteht die Möglichkeit, ohne Vereinbarung eines Termins vorzusprechen. An jedem ersten Samstag im Monat wird ohne Terminvergabe für die Bürger geöffnet sein. Eine Pressemitteilung wird am kommenden Tag veröffentlicht.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erachtet die Aussage der coronabedingten Verzögerungen als unbefriedigend. Des Weiteren berichtet er von der Abmeldung eines Gewerbetreibenden nach 31 Jahren, der daraufhin einen Kostenfestsetzungsbescheid erhalten hat ohne ein Wort des Dankes. Das sollte in Zukunft verbessert werden.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, bedankt sich bei Frau Nußbeck für die konkrete Antwort. Seine zweite Anfrage richtet sich an Herrn Dr. Reck. Er hat der Berichterstattung in der MZ nach dem OB-Wahlabend entnommen, dass dieser mit Stadtrat Adamek vereinbart hat, sich nach Amtsantritt einmal monatlich zu treffen. Er erfragt, ob es sich hierbei um eine private oder dienstliche Verabredung handelt und die Möglichkeit der Teilnahme an dienstlichen Treffen.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erklärt, dass seine Tür für alle Mitglieder des Stadtrates offenstehen wird. Interfraktionelle Gespräche werden aufgenommen werden.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Nach diesem Tagesordnungspunkt stellt der Ausschussvorsitzende Nichtöffentlichkeit her.

9 Beschlussfassungen

9.1 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Geschäftsführers der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: BV/217/2021/II-20BTM

Der Ausschussvorsitzende ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung der Entlastung des Geschäftsführers der SWR für das Geschäftsjahr 2020 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

Die Stadträte Kellner und Dreibrodt nehmen nicht an der Abstimmung teil.

9.2 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: BV/218/2021/II-20BTM

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass sich die Mitglieder des Aufsichtsrates der Abstimmung enthalten werden.

Stadtrat Fricke hält dies für nicht richtig. Er erläutert die Regelungen zum Mitwirkungsverbot im Falle eines unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteils sowie das ausdrückliche Mitwirkungsverbot von Aufsichtsräten in Angelegenheit der Gesellschaft. Kraft Regelung im Gesetz gilt dies ausdrücklich nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die von der Kommune entsandt oder auf Vorschlag der Kommune Mitglied des Aufsichtsrates sind. Er vertritt die Meinung, dass eine Abstimmung der Ausschussmit-

glieder möglich ist. Es bleibt dann jedem Stadtrat überlassen, ob er sich der Stimme enthält.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass seine Anmerkung genau auf diesen Sachverhalt abzielt.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 7:0:2

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Enthaltung
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
OB Kuras, Peter	Enthaltung

Stadtrat Dreibrodt nimmt nicht an der Abstimmung teil.

9.3 Unternehmensangelegenheiten **Entlastung der Geschäftsführung der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2020** **Vorlage: BV/222/2021/II-20BTM**

Der Ausschussvorsitzende ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der WBD die Entlastung des Geschäftsführers der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

Stadtrat Dreibrodth nimmt nicht an der Abstimmung teil.

9.4 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der WBD Industriepark Dessau GmbH
für das Geschäftsjahr 2020
Vorlage: BV/223/2021/II-20BTM

Der Ausschussvorsitzende ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der WBD Industriepark Dessau GmbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: 5:0:4

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Enthaltung
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Enthaltung
Otto, Hans-Georg	Enthaltung
OB Kuras, Peter	Enthaltung

Stadtrat Dreibrodth nimmt nicht an der Abstimmung teil.

9.5 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung der Geschäftsführung der Stadtmarketinggesellschaft
Dessau-Roßlau mbH (SMG) für das Geschäftsjahr 2020
Vorlage: BV/251/2021/II-20BTM

Der Ausschussvorsitzende ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführung (01.01.2020-31.05.2020 und 01.12.2020-31.12.2020 Dr. Robert Reck; 01.06.2020-30.11.2020 Ralf Hots-Thomas) der SMG für das Geschäftsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

Stadtrat Dreibrodth nimmt nicht an der Abstimmung teil.

9.6 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtmarketinggesellschaft Des-
sau-Roßlau mbH (SMG) für das Geschäftsjahr 2020
Vorlage: BV/252/2021/II-20BTM

Der Ausschussvorsitzende ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der SMG die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: 6:0:3

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Enthaltung
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Enthaltung
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
OB Kuras, Peter	Enthaltung

Stadtrat Dreibrodth nimmt nicht an der Abstimmung teil.

9.7 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung der Geschäftsführerin der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2020
Vorlage: BV/209/2021/II-20BTM

Der Ausschussvorsitzende ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführerin der DWG für das Geschäftsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Enthaltung
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

Stadtrat Dreibrodth nimmt nicht an der Abstimmung teil.

9.8 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Aufsichtsrates der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: BV/210/2021/II-20BTM

Der Ausschussvorsitzende ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der DWG die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis: 7:0:2

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Enthaltung
Otto, Hans-Georg	Ja
OB Kuras, Peter	Enthaltung

Stadtrat Dreibrodt nimmt nicht an der Abstimmung teil.

9.9 Energiepolitisches Arbeitsprogramm (EPAP) 2021-2023 Vorlage: BV/155/2021/I-KM

Der Ausschussvorsitzende erläutert den Hintergrund der Beschlussvorlage.

Stadtrat Schönemann erfragt, auf welcher analytischen Grundlage das Arbeitsprogramm und die nächsten Arbeitsschritte festgelegt wurden.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass Grundlage das Verteidigungsgespräch mit der Landesenergieagentur und EEA-Geschäftsstelle ist. In den Vorjahren wurde stark profitiert von dem Kohleausstieg der Stadtwerke. Die CO²-Einsparung ist einer der Dreh- und Angelpunkte des EPAP. Er erläutert die weiteren Pläne zur Einsparung von CO².

Herr Ahlers, Klimaschutzmanager, ergänzt, dass viele Projekte aus dem letzten EPAP übernommen wurden, die bislang nicht umgesetzt werden konnten. Eine tiefe Analyse ist erst mit dem nächsten Klimaschutzkonzept möglich. Der EEA-Prozess bietet konkrete Handlungsansätze, die im EPAP sehr gut abgebildet wurden. Er be-

findet sich in der Planung des Klimaschutzkonzeptes. Derzeit scheint es, als würde die Stadt Dessau-Roßlau nicht noch einmal gefördert werden können und damit den Anschluss verpassen. Er arbeitet daran, dass eine Förderung doch noch erreicht werden kann. Zentraler Bestandteil des EPAP ist es, ein neues Klimaschutzkonzept zu erarbeiten als wichtige Basis für künftige energiepolitische Arbeitsprogramme.

Herr Oberbürgermeister Kuras hofft diesbezüglich auf das Umweltbundesamt. Es sollte mit dem Umweltbundesamt Kontakt aufgenommen werden mit der Überlegung, ob es sich als Regionalprojekt mit dem Klimaschutzkonzept der Stadt beschäftigen kann.

Stadtrat Fackiner begrüßt den Beschlussantrag möchte aber festhalten, dass er im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung einen Überblick erwartet, inwieweit die einzelnen Maßnahmen im Haushalt untersetzt sind.

Stadtrat Adamek erfragt, ob die Nutzung von regionalen Dachflächen für Photovoltaikanlagen überdacht wurde. Er möchte wissen, ob diese Dachflächen den Stadtwerken zur Verfügung gestellt werden sollen oder die Nutzung über einen Photovoltaikbetreiber erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass seitens der DVV bereits Photovoltaikanlagen betrieben werden und auch das Zentrale Gebäudemanagement ist in den Arbeitsgruppen beteiligt. Es wurde Überlegungen getroffen, vakante Stellen im Energiemanagement zu besetzen. Frau Ellenberger wird dies prüfen.

Stadtrat Adamek hakt nach, ob in der kommunalen Familie die Flächen den Stadtwerken zur Verfügung gestellt werden oder Betreiber eigene Flächen mit Photovoltaikanlagen bebauen und dann Strom in das Netz der Stadtwerke einspeisen.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass diese Überlegungen im Aufsichtsrat der DVV noch geführt werden müssen.

Stadtrat Schönemann weist auf einen Beschluss des Stadtrates hin, wonach die städtische Verwaltung zusammen mit den Betrieben in der Stadt nach diesbezüglichen Lösungen sucht. **Stadtrat Adamek** ist dieser Beschluss bekannt. Er möchte wissen, ob diesbezüglich Entscheidungen gefallen sind.

Stadtrat Mrosek berichtet über Feststellungen im Bundestag zum CO²-Ausstoß im Verkehr. Es wurde beschlossen, bis 2030 den CO²-Ausstoß um 50% zu senken. Er möchte wissen, ob hierfür Fahrverbote vorgesehen sind.

Herr Oberbürgermeister Kuras teilt mit, dass bisher in der Stadt nie kritische Werte gemessen wurden. CO²-Einsparungen werden über die Elektromobilität angestrebt. Fahrverbote sind bisher nicht vorgesehen.

Der Ausschussvorsitzende verliest die Beschlussvorlage und bringt sie zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Das Energiepolitische Arbeitsprogramm der Stadt Dessau-Roßlau 2021-2023 wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung der Maßnahmen notwendigen Mittel in den folgenden Haushaltsjahren einzuplanen, soweit deren Finanzierung im Rahmen des städtischen Haushalts möglich ist.
3. Die für einzelne Maßnahmen federführenden Ämter werden beauftragt, verfügbare Fördermittel für die Umsetzung der Maßnahmen einzuwerben.
4. Das Klimaschutzmanagement wird beauftragt, den Stadtrat jährlich über den Umsetzungsstand zu informieren und Handlungsempfehlungen für die energie- und klimapolitische Arbeit zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 8:1:1

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Nein
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Enthaltung
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

9.10 Beschaffung von sechs Elektrofahrzeugen und Ladeinfrastruktur für das Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit, Abt. Stadtordnungsdienst

Vorlage: BV/104/2021/I-KM

Der Ausschussvorsitzende erläutert die Beschlussvorlage. Diese gilt vorbehaltlich der Förderungen aus der Richtlinie der Elektromobilität.

Herr Ahlers, Klimaschutzmanager, ergänzt, dass sich über die Lebenszykluskalkulation gezeigt hat, dass Pkw-Typen ohne Förderung schon jetzt genauso wirtschaftlich oder sogar wirtschaftlicher sind, als Verbrenner. Er geht davon aus, dass sich das in der nächsten Zeit noch verstärkt. Seitens der Stadt sollte nachgedacht werden, ob über generelle Lebenszykluskalkulationen festgestellt werden kann, was günstiger ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet über Erfahrungen aus diesem Bereich. Er ist der Meinung, dass die Stadt eine Vorbildwirkung entfalten sollte.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht. Der Ausschussvorsitzende verliest die Beschlussvorlage und bringt diese zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt:

1. Die Anschaffung von sechs Elektrofahrzeugen sowie der notwendigen Ladeinfrastruktur für das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung wird beschlossen.
2. Die notwendigen Mittel zur Kofinanzierung in Höhe von 123.000 Euro werden in den Haushalt 2022 eingestellt.
3. Dieser Beschluss gilt vorbehaltlich der Förderung der durch das BMVI, Richtlinie Elektromobilität.

Abstimmungsergebnis: 9:1:0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Nein
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

9.11 Annahme von Sponsorenleistungen für die Verleihung des Gründerpreises der Stadt Dessau-Roßlau 2020/2021 Vorlage: BV/237/2021/IV-80

Der Ausschussvorsitzende bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Annahme von Sponsorenleistungen für die Verleihung des Gründerpreises der Stadt Dessau-Roßlau 2020/2021 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:0:0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

9.12 Schaffung einer ständigen Ausstellung mit dem Titel "Sport in Dessau-Roßlau"
Vorlage: FV/007/2021/Linke

Stadtrat Schönemann erklärt, dass es sich bei der Fraktionsvorlage um einen gemeinschaftlichen Antrag mit der Freien Fraktion handelt. Er erläutert das Ziel dieser.

Stadtrat Adamek versteht den Beschlussvorschlag nicht, da es bereits vor 2 Jahren einen diesbezüglichen Prüfauftrag im Haushalt gab. Dieser wurde breit mitgetragen.

Herr Oberbürgermeister Kuras erachtet den Beschlussvorschlag für sinnvoll. Es sollte nach seiner Meinung nicht mehr lange abgewartet werden und ein Initiator gefunden werden, um jetzt schon eine Auskunft einzuholen. Die Bestände sollten gesichert werden, da in der Bevölkerung noch alte Pokale oder Fotos vorhanden sind.

Stadtrat Dreibrodt merkt an, dass er die Beschlussvorlage ausgearbeitet hat. Er äußert sich kritisch zum geplanten Museumscampus. Er erklärt, dass über den Umgang mit dem großen Leerstand in der Stadt nachgedacht werden muss.

Herr Oberbürgermeister Kuras stimmt zu, dass nicht abgewartet werden sollte, bis die Vision des großen Campus Wirklichkeit wird. Der große Leerstand könnte genutzt werden.

Stadtrat Schönemann möchte wissen, warum der Vorlage nicht beigetreten wird, wenn es diesen Antrag so schon einmal gab. Die Vorlage ist ein einfaches, deutliches Signal.

Stadtrat Mrosek befürwortet das Ansinnen der Fraktionsvorlage. Seine Pokale stellt er dem Museum gern zur Verfügung.

Weitere Wortmeldungen werden nicht vorgebracht. Der Ausschussvorsitzende bringt die Fraktionsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau wird beauftragt, eine Möglichkeit der räumlichen Einordnung einer ständigen Ausstellung mit dem Titel „Sport in Dessau-Roßlau“ im Rahmen des Museums für Stadtgeschichte zu planen und zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: 8:0:2

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Enthaltung
Koschig, Silvia	Enthaltung
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

9.13 Bildung eines Kuratoriums zum Jubiläum 100 Jahre Bauhausgebäude **Vorlage: FV/009/2021/Linke**

Stadtrat Schönemann erläutert die Hintergründe zur eingereichten Fraktionsvorlage. Hauptanliegen ist, die Achse Weimar – Dessau – Berlin zu stärken, um zukünftig eine andere Qualität zu schaffen und in der Politik eine entsprechende Resonanz zu organisieren.

Stadtrat Adamek begrüßt den Inhalt der Beschlussvorlage, merkt jedoch kritisch an, dass über dieses Thema bereits in der Haushaltsdebatte letzten Jahres entschieden wurde und Einigkeit darüber bestand.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt, dass die Trionale Weimar – Dessau – Berlin aktiviert werden sollte.

Stadtrat Otto ist der Meinung, dass die Beschlussvorlage, wie vorgelegt, nicht angenommen werden sollte. Er sieht kein Problem darin, die Verwaltung zu beauftragen, ein Kuratorium in Abstimmung mit der Bauhausdirektion zu bilden. Vorzugeben, wer Mitglied dieses Kuratoriums sein soll, empfindet er als ungut.

Stadtrat Schönemann erklärt, dass es sich hierbei um eine Empfehlung handelt. **Herr Oberbürgermeister** rät, mit der neuen Bauhausdirektorin ins Gespräch zu treten.

Stadtrat Otto beantragt, diesen Vorschlag herauszunehmen, da er andernfalls nicht zustimmen kann. **Stadtrat Schönemann** erklärt, dass das Gremium strukturell dargestellt werden sollte, Personen aber nicht einzeln benannt werden müssen.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, bittet um eine redaktionelle Änderung. Das Kultusministerium Sachsen-Anhalt ist durch das Ministerium für Kultur zu ersetzen. **Stadtrat Schönemann** akzeptiert die vorgetragenen Änderungen.

Herr Oberbürgermeister Kuras fasst die Änderungen in dem Beschlussvorschlag der Fraktionsvorlage zusammen:

- Als Mitglieder des Kuratoriums werden unter anderem vorgeschlagen:
- Streichung des Punktes „Uni Kassel mit Prof. Oswald“
- redaktionell: Ersetzen „Kultusministerium Sachsen/Anhalt“ durch „Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt“

Er bringt die geänderte Fraktionsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Für die würdige Vorbereitung des 100-jährigen Jubiläums der Errichtung des Bauhausgebäudes ist ein städtisches Kuratorium zu bilden.

Die Leitung des Kuratoriums soll der neu gewählte Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau übernehmen. Die Begleitung und Kontrolle hat durch den Kultur- und Sportausschuss als Bestandteil des Kulturarbeitsplanes 2020 - 2030 zu erfolgen.

Als Mitglieder des Kuratoriums werden unter anderem vorgeschlagen:

- ° Stadt Dessau-Roßlau
- ° Stiftung Bauhaus
- ° Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt
- ° Klassik Stiftung Weimar
- ° Bauhaus-Archiv / Museum für Gestaltung Berlin
- ° Vertreter des zuständigen Stadtbezirksbeirates

Abstimmungsergebnis: 10/0/0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

9.14 Kinder- und Jugendpartizipierungskonzept zur Gründung einer Kinder- und Jugendvertretung in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: FV/010/2021/Linke

Der Ausschussvorsitzende berichtet über die geändert beschlossene Vorlage im Jugendhilfeausschuss am 06.07.2021. Er erhebt keine Einwendungen gegen die Präzisierungen, muss jedoch gegen die Vorlage stimmen, weil es einen hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten geben soll. Des Weiteren wird in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters eingegriffen, indem festgelegt wird, wo dieser hauptamtliche Vertreter anzusiedeln ist. Mit der Notwendigkeit eines Kinder- und Jugendvertreters ist er einverstanden.

Stadtrat George, Leiter des Jugendhilfeausschusses, stimmt zu, dass der Eingriff in die Hoheit des Oberbürgermeisters redaktionell geändert werden muss. Der diesbezügliche Beschlusstext ist als Empfehlung zu sehen. Im Jugendhilfeausschuss wurde sich einstimmig mit einer Enthaltung für eine hauptamtliche Basis ausgesprochen, um Partizipation zu gestalten und diese umzusetzen. Im Ehrenamt ist das zeitlich und personell nicht möglich. In der Stadt Halle gibt es tatsächlich zwei hauptamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte. In Dessau-Roßlau sollte mindestens eine hauptamtliche Stelle geschaffen werden.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, beantragt Nichtbefassung des Tagesordnungspunktes 9.14. **Der Ausschussvorsitzende** weist darauf hin, dass dieser auf der Tagesordnung steht und aufgerufen wurde. **Stadtrat Fackiner** verlangt eine Begründung des Geschäftsordnungsantrages. **Stadtrat Mrosek** weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister bereits eine Begründung für den Antrag abgegeben hat. Herr Mrosek sieht keinen Sinn in der Beschlussvorlage. **Herr Oberbürgermeister Kuras** ist der Auffassung, dass Stadtrat Mrosek dies falsch verstanden hat.

Stadtrat Schönemann wirbt für Zustimmung der Beschlussvorlage, mit der Arbeitsfähigkeit geschaffen wird. Probleme mit Ergänzungen hat er nicht.

Herr Oberbürgermeister Kuras ist mit dem eigentlichen Anliegen der Vorlage absolut einverstanden. Die unkomplizierte Bildung eines solchen Gremiums in der Stadt Zerbst hat er aufmerksam verfolgt. Die Beschlusslage bei einem ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten sieht vor, dass dieser für eine Legislaturperiode berufen wird und nach einem Jahr seiner Tätigkeit einen Evaluierungsbericht zu erstellen ist. Das Jahr ist noch nicht abgelaufen und ein Evaluierungsbericht liegt noch nicht vor. Die Frage ist, ob dieser abgewartet werden soll, bevor ein hauptamtlicher Beauftragter berufen wird.

Stadtrat Schönemann erklärt, dass über dieses Detail noch zu beraten ist. Die derzeitige Personalie ist jedoch nicht ausreichend und das Problem sollte angegangen werden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziale und Bildung, stimmt den Ausführungen des Oberbürgermeisters zu. Zu berücksichtigen ist, dass im vorangegangenen Jahr eine Arbeit des ehrenamtlichen Kinder- und Jugendvertreters kaum möglich war. Dieser sollte an die Hand genommen werden. Der erste Jahresbericht ist noch keine Evaluierung. Der Evaluierungszeitraum ist in der Beschlussvorlage offen und muss festgelegt werden. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklärt Herr Krause, dass er die Diskussion für voreilig erachtet, weil die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten durch Corona eingeschränkt waren. Des Weiteren sollte die Kinder- und Jugendbefragung erst ausgewertet werden.

Stadtrat George kann und möchte sich über die Qualität des ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten nicht äußern. Wenn die Jugendvertretung in Kraft treten soll, kann das mit einem Ehrenamt nicht gemeistert werden. Ein Blick nach Halle und Magdeburg wäre hilfreich. Nach seinem Dafürhalten ist es nicht notwendig, die Kinder- und Jugendbefragung abzuwarten, da hierbei nicht explizit nach dem Wunsch bezüglich eines Kinder- und Jugendvertreters gefragt wird. Es sollte gewagt werden, den Prozess anzustoßen.

Herr Oberbürgermeister Kuras sieht einen Widerspruch in den Ausführungen von Stadtrat George, indem er sagt, es soll eine Befragung erfolgen und dann jedoch, dass das Vorhaben durchgeführt werden soll. Nach seiner Meinung sollte das Vorhaben durchgeführt werden, wenn die Voraussetzung vorliegen; es muss jedoch Einigkeit darüber bestehen. Er kann den Aufwand schlecht einschätzen, jedoch ist das Jugendamt ebenfalls involviert, wie von Stadtrat George festgestellt.

Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes, erklärt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass in der Kinder- und Jugendbefragung drei Fragepunkte zu diesem Thema vorhanden sind. Wenn sich bei der Befragung herausstellt, dass es eine solche Vertretung geben soll, muss man festlegen, in welcher Form diese erfolgen soll. Zuerst

sollte die Betreuungsform festgelegt werden und dann, wie die Betreuung aussehen kann. Ein Kinder- und Jugendbeauftragter hat Aufgaben, die er laut bestehender Satzung erledigen soll, diese momentan aber nicht erfüllen kann. Um eine Vermischung von Aufgaben zu vermeiden, sollte die beschlossene Evaluation abgewartet werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras präzisiert seinen diesbezüglichen Einwand, dass das Jugendamt hier Aufgaben übernehmen könnte und berichtet über die Vorgehensweise in Zerbst.

Stadtrat Adamek hält die Sache an sich für begrüßenswert, jedoch für unausgegrenzt. Mit der Einstellung eines hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten hat er kein Problem. Wenn dieser jedoch eingestellt wird, um sich mit der Bildung eines Jugendparlaments zu befassen, woran der ehrenamtliche Vertreter arbeitet, ist dies seiner Meinung nach zu viel. Er schlägt vor, diese Beschlussvorlage bis nach der Sommerpause zu verschieben.

Herr Deckert erklärt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass der Evaluierungsbericht des Kinder- und Jugendbeauftragten im September erfolgen soll. Er weist auf die anstehenden Änderungen in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses hin. Derzeit wird die Änderung der entsprechenden Satzung vorbereitet.

Stadtrat Schönemann erklärt, dass mit der Einreichung der Vorlage angestoßen werden soll, sich dem Thema zu stellen. Mit einem hauptamtlichen Akteur können Dinge vorangebracht werden und es kann personelle Unterstützung für den Fachbereich geschaffen werden. Der Fachbereich hat die Vorlage einstimmig beschlossen. Junge Leute in dieser Stadt müssen eine Stimme erhalten; es wurde viel zu lange abgewartet.

Nach Auffassung von **Stadtrat Adamek** gibt die Beschlussvorlage keinen Spielraum her, zumal diese im kommenden Stadtrat dann beschlossen wird. Vor Beschlussfassung müssen Gespräche geführt werden.

Stadtrat Schönemann erklärt, dass es um die Form der Jugendbeteiligung geht. Die Vielzahl von Möglichkeiten ist zu eruieren. Es sollten Nägel mit Köpfen gemacht werden. Ein Fragezeichen an den hauptamtlichen Vertreter kann gemacht werden. Er wirbt jedoch ausdrücklich für diese Arbeitsrichtung. Der Prozess kann jederzeit gestaltet werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt zu bedenken, dass es sich bei der Vorlage nicht nur um eine Arbeitsrichtung handelt, sondern diese konkrete Vorgaben beinhaltet. Er schlägt vor, die Beschlussvorlage dahingehend zu ändern, dass vor Beschließung der Einstellung eines hauptamtlichen Vertreters die Evaluierung abgewartet wird. In vorliegender Form kann er der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Kellner weist auf die bereits jetzt schon vorhandenen umfangreichen Aufgaben des Jugendamtes hin. Es sollten die Aufgaben nacheinander abgearbeitet werden, um nicht einen Berg von Arbeit vor sich herzuschieben. Für eine Zielstellung sollte das Ergebnis der Befragung abgewartet werden. **Herr Deckert** bedankt sich für diesen Redebeitrag gerade im Hinblick auf die Änderungen im SGB VIII. Er bittet das Ergebnis der Befragung abzuwarten.

Stadtrat George zeigt sich verärgert. Es wird über die Kinder und Jugendlichen geredet, aber es wird nicht in den Dialog mit ihnen gegangen. Dies würde ein Kinder- und Jugendvertreter gewährleisten, jedoch ist das nicht in ehrenamtlicher Form möglich. Nur ein hauptamtlicher Kinder- und Jugendvertreter macht Sinn, wie in anderen Städten auch so praktiziert.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziale und Bildung, nennt die Vorteile eines ehrenamtlichen Beauftragten und äußert sich beispielhaft zu der positiven Arbeit des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten.

Stadtrat Fackiner nimmt Bezug auf die ausführlichen Darlegungen von Stadtrat George und weist auf die Unterschiede zwischen einem Kinder- und Seniorenbeauftragten hin. Die Befragung bringt lediglich Ansätze, eine unterstützende Struktur ist jedoch zu schaffen. Die Vorlage ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er folgt der Entscheidung des Jugendhilfeausschusses.

Stadtrat Mrosek regt ein Ende der Diskussion an. Entweder sollte die Vorlage überarbeitet oder abgestimmt werden.

Stadtrat Schönemann bittet Herrn Deckert, die Erfahrungen der Stadt Halle zu nutzen. Die Stadt Dessau-Roßlau sollte nicht die letzte sein, die eine derartige Vertretung einrichtet.

Der Ausschussvorsitzende regt Abstimmung an, nachdem alle Argumente genannt wurden.

Stadtrat Kellner schlägt zur Lösung vor, einen hauptamtlichen Kinder- und Jugendvertreter zur nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses einzuladen.

Stadtrat George begrüßt den Vorschlag, den Kinder- und Jugendvertreter der Stadt Halle einzuladen. Er weist darauf hin, dass die zu schaffende Stelle in den Haushaltsberatungen ebenso noch zu diskutieren ist sowie auf den Zeitfaktor.

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt zu bedenken, dass mit einem Beschluss der Vorlage der Spielraum in der Haushaltsdebatte eingeengt wird.

Stadtrat Adamek stimmt dem Oberbürgermeister zu und appelliert an das Gremium, den Beschluss über die Vorlage noch einmal zu verschieben, den Kinder- und Jugendvertreter der Stadt Halle einzuladen, Gespräche zwischen den Fraktionen zu führen, abzuwägen und eine Stellungnahme des Jugendamtes einzuholen. Eine Zustimmung zum jetzigen Zeitpunkt hält er für falsch.

Stadtrat Fricke zeigt sich ratlos. Einigkeit über das Ziel besteht. Ein Abwarten auf die Evaluierung wird wenig zielführend sein, da diese coronabedingt nicht sehr umfangreich ausfallen wird. Auch die Kinder- und Jugendbefragung wird zu diesem Thema keine konkreten Ergebnisse bringen. Auch ist es nicht sinnvoll, jetzt dem Beschluss zuzustimmen und dann in den Haushaltsverhandlungen zu kippen. Nach der geführten umfangreichen Diskussion ist es im Moment für ihn schwer, diesem Beschluss zuzustimmen. Die Vorlage sollte nicht ausgebremst werden. Zum jetzigen Zeitpunkt würde er sich enthalten, er neigt jedoch dazu, die Frage der Hauptamtlichkeit zu verschieben. **Herr Oberbürgermeister Kuras** teilt diese Auffassung.

Stadtrat Fackiner beantragt Ende der Debatte, Verschiebung auf September und Einladung des Hallenser Kinder- und Jugendbeauftragten in den Haupt- und Personalausschuss.

Stadtrat Schönemann bittet um Vermerk ins Protokoll, dass die hauptamtliche Position des Kinder- und Jugendvertreters Streitpunkt mit Nichtzustandekommen der Fraktionsvorlage darstellt. Er ist gern bereit, mit den Partnern weiterhin kooperativ zusammenzuarbeiten. Wenn die Zeit hilft, den Sachverhalt auf den Punkt zu bringen, ist er gern bereit, dem zu folgen.

Der Ausschussvorsitzende fasst den Geschäftsordnungsantrag zusammen:

1. Es wird heute die Entscheidung über die Fraktionsvorlage in den Herbst zur nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses verschoben.
2. Der Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Halle wird zur nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses eingeladen.

Der Ausschussvorsitzende bringt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9:1:0

<u>Name</u>	<u>Abstimmung</u>
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Mrosek, Andreas	Ja
Schönemann, Ralf	Nein
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird um 21:57 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden geschlossen.

Dessau-Roßlau, 09.09.21

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Liane Maisel
Schriftführer